

WIRTSCHAFT > SPD, GRÜNE UND VOR ALLEM DIE LINKE SORGTEN FÜR DIE
WOHNUNGSNOT IN BERLIN

Wie linke Parteien den Immobilienmarkt in Berlin zerstörten

ARTIKEL VOM 06.08.2025

SPD, Grüne und vor allem Die Linke prangern gern "Immobilienhaie" und die Marktwirtschaft an. Tatsächlich sorgten linke Parteien (nicht nur) in Berlin über Jahrzehnte dafür, dass der Wohnungsbau nicht mehr funktioniert

► **Artikel vorlesen**

VON RAINER ZITELMANN (<https://www.theeuropean.de/rainer-zitelmann>)

Wer in Berlin eine Wohnung sucht, weiß, dass es schwer ist. Sehr schwer. Kleine, heruntergekommene Wohnungen werden teilweise zu Mondpreisen angeboten. Besonders junge Menschen sind verzweifelt. Bei Wohnungsbesichtigungen stehen manchmal Hunderte Menschen Schlange. Und nur wenige Mieter trauen sich auszuziehen, auch wenn sie eine neue

Wohnung bräuchten, z.B. weil Kinder dazu gekommen sind. Aber sie wissen, dass es kaum möglich sein wird, eine neue Wohnung zu finden – und wenn, dann nur zu sehr viel höheren Mieten. Doch wer trägt die Schuld und was kann man dagegen tun?

Linke, SPD und Grüne geben Immobilienunternehmen die Schuld. Die Linke wirbt mit aggressiven Sprüchen wie „Miethaie zu Fischstäbchen“ (merke: bevor ein Hai zum Fischstäbchen wird, musst du ihn töten). Das Thema Wohnungsnot bringt vor allem der Linken immer mehr Stimmen. In der letzten Umfrage legten sie von sechs auf 19 Prozent zu und ist damit die stärkste der linken Parteien in Berlin.

Weniger Wohnungsbau - aber dafür mehr Zuwanderung

Man reibt sich die Augen. Wer hat denn in den vergangenen zwei Jahrzehnten in Berlin regiert? Die SPD nahezu ununterbrochen seit 20 Jahre! Auch die Linke hat die meiste Zeit mitregiert - in 12 von 20 Jahren. Niemand hat dem Wohnungsbau in Berlin so geschadet wie Katrin Lompscher (Linke), die von Dezember 2016 bis August 2020 Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen in der rot-rot-grünen Landesregierung von Berlin war. Man hatte das Gefühl, dass sie sich täglich nach dem Zähneputzen direkt die Frage stellte: „Was kann ich heute wieder tun, um Bauträger in meiner Stadt zu ärgern?“

Da ruft nun der Dieb „Haltet den Dieb“. Die linken Parteien tragen die Hauptschuld an der Wohnungsnot in Berlin:

Sie haben in ihrer Regierungszeit zuerst mehr als 60.000 Wohnungen im öffentlichen Besitz verkauft und wollen nun die Käufer wieder enteignen. Und dafür nicht einmal den Verkehrswert bezahlen. Was sie vorhaben, liegt also irgendwo zwischen Enteignung und Konfiskation.

Sie haben einen „Mietendeckel“ beschlossen, der gegen das Grundgesetz verstieß, wie das Bundesverfassungsgericht feststellte. Mit diesem verfassungswidrigen „Mietendeckel“ und einer täglichen Nadelstichpolitik haben sie Investoren und Bauträger aus Berlin vertrieben. Viele Bauträger sind gegangen und investieren lieber anderswo, zum Beispiel in Brandenburg, wo sogar die linken Parteien oft weniger ideologisch sind als in der Hauptstadt. Das ist eine entscheidende Ursache der Wohnungsnot.

Die gleichen Parteien propagieren in Berlin übrigens eine nicht oder nur wenig beschränkte Zuwanderung in die Sozialsysteme mit der Parole „Wir haben Platz“. Wenn wenig gebaut wird, aber viele Menschen dazu kommen, wird der Wohnraum knapp und die Mieten steigen. Eigentlich nicht schwer, das zu verstehen.

"Plötzlich Kommunist"

Die Linke hat derzeit gute Chancen, in Berlin mit Ferat Ali Koçak den nächsten Regierenden Bürgermeister im Rahmen einer rot-rot-grünen Koalition zu stellen. Koçak ist regelmäßiger Organisator von Anti-Israel-Demonstrationen und Marxist. Er wurde 2025 in den Bundestag gewählt und gewann direkt das Direktmandat im Wahlkreis Neukölln.

Die SPD versucht sich schon mal bei der Linken anzubiedern und hat ein „Vergesellschaftungsgesetz“ vorbereitet, das „VergRG Berlin“. Die taz berichtete über Raed Saleh, seit 2011 Fraktionsvorsitzender der SPD in Berlin, der sich lautstark für die „Vergesellschaftung“ stark macht, mit der Überschrift: „Plötzlich Kommunist“.

Der Gesetzentwurf der SPD umfasst 27 Seiten und soll den Volksentscheid aus dem Jahr 2021 umsetzen. Damals hatten sich mehr als 56 Prozent der 1,8 Millionen teilnehmenden Berliner dafür ausgesprochen, große Wohnungskonzerne wie Deutsche Wohnen und Vonovia zu enteignen

Das System der DDR als Vorbild

Die Linke, die rechtsidentisch ist mit der SED (<https://www.theeuropean.de/politik/vier-beispiele-fuer-linke-doppelmoral>), hofft nun, wieder das umzusetzen, was schon in der DDR Grundlage der Wohnungspolitik war. Wohin hat die DDR-Philosophie „nur Staatswohnungen sind gute Wohnungen“ und „Mietendeckel“ in der Praxis geführt? Das wissen leider nur wenige Berliner:

1989 wurden 65 Prozent aller DDR-Wohnungen (die 3,2 Millionen Nachkriegsbauten eingerechnet) mit Kohleöfen beheizt;

24 Prozent hatten keine Inntoilette;

18 Prozent hatten kein Bad;

40 Prozent der DDR-Mehrfamilienhäuser galten als schwer geschädigt;

11 Prozent waren gänzlich unbewohnbar;

200 Altstadtkerne in der DDR waren akut gefährdet.

Mit 80 Milliarden Euro Steuergeldern musste der böse kapitalistische Westen die heruntergekommenen Wohnungen in Ostdeutschland wieder bewohnbar machen und neuen Wohnraum schaffen, wie hier beschrieben wird (<https://hubertus-knabe.de/auferstanden-in-ruinen/>).

Die Immobilienunternehmen tragen leider eine Mitschuld, da sie zu wenig getan haben, darüber aufzuklären. Sie hätten das Geld, ganz Berlin mit Fotos der heruntergekommenen Häuser aus der DDR zu plakatieren und diese Fakten dazu zu nennen. Waren sie sich dafür zu fein und waren sie dafür zu geizig?

Tatsache ist: Linke stehen für Wohnungsnot. Gerade in Berlin. Sie haben eine unglaubliche Wohnungsnot zu verantworten, als sie unter dem Namen SED in der DDR regierten. Und sie haben die aktuelle Wohnungsnot in Berlin zu verantworten.

Mehr zur DDR-Wirtschaft, u.a. zur Wohnungspolitik in Berlin finden Sie auch in diesem Film unseres Autors (mit deutschen Untertiteln) (<https://www.youtube.com/watch?v=JZNSL9fT74Q>).